

Für dieses Formular ist die **Stadt Miltenberg** verantwortlich. Sie können auf den folgenden Wegen mit uns **Kontakt** aufnehmen:

- mit der Post:
Stadt Miltenberg
Engelplatz 69
63897 Miltenberg
- per Telefon: 09371/404-0
- per Telefax: 09371/404-101
- per E-Mail:
poststelle@miltenberg.de

Mit dem behördlichen **Datenschutzbeauftragten** der Stadt Miltenberg können Sie unmittelbar auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

- mit der Post:
Datenschutzbeauftragter der Stadt Miltenberg
c/o Landratsamt Miltenberg, Brückenstraße 2
63897 Miltenberg
- per Telefon: 09371/501-325
- per E-Mail:
datenschutz@lra-mil.de

Die Verarbeitung der Daten erfolgt im Rahmen der Planungshoheit der Stadt zum Zwecke der Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und insbesondere zur Durchführung der Bauleitplanverfahren zur Erweiterung des Bebauungsplanes „Verkaufspavillon Mainpier“ mit paralleler Änderung Nr. 25 des Flächennutzungsplanes.

Im Rahmen dessen sind das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln und die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs. 3, 6 und 7 BauGB). Dazu erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange notwendig ist.

Die Erhebung erfolgt unter anderem durch die Stadtverwaltung oder im Auftrag der Stadtverwaltung durch Dritte, durch eingehende Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden im Rahmen der gesetzlich geforderten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligungen (§§ 3-4c BauGB). Die Verarbeitung von Adressdaten ist erforderlich, um der Pflicht zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses nachzukommen. Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt. **Die Rechtsgrundlage** ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) sowie dem anzuwendenden Fachgesetz (Baugesetzbuch - BauGB).

Wir erheben folgende personenbezogene Daten:
Namen, Adressen und Kontaktdaten, Daten, die städtebaulich und bodenrechtlich relevant sind, Daten, die im Rahmen von Stellungnahmen abgegeben wurden (sog. aufgedrängte Daten).

Die von Ihnen gemachten Angaben speichern wir in elektronischer Form.

Ihre Daten werden weitergegeben an Stellen außerhalb der Stadt Miltenberg und zwar an Stadträte zur Beratung und Entscheidung über die Abwägung, Höhere Verwaltungsbehörden zur Prüfung von Rechtsmängeln, Gerichte zur Überprüfung der Wirksamkeit der Bauleitpläne, Dritte, die in die Durchführung des Verfahrens im Auftrag der Stadt eingebunden sind.

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten keinen weiteren Empfängern zur Verfügung gestellt. Aufgrund fachrechtlicher Bestimmungen kann im Einzelfall jedoch eine weitergehende Veröffentlichung von Einwendungen und Stellungnahmen notwendig sein (z.B. gem. § 3 Abs. 2 BauGB). Personenbezogene Daten werden in diesen Fällen anonymisiert, soweit diese nicht zwingend erforderlich sind. Über eine Veröffentlichung werden Sie rechtzeitig informiert. Ihnen stehen die unten genannten Rechte jederzeit zu.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten: Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Speicherung personenbezogener Daten. Denn auch nach Ablauf der Fristen für die Erhebung einer Normenkontrollklage kann ein Bauleitplan Gegenstand einer gerichtlichen Inzidentprüfung sein. Sonstige Unterlagen werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen bzw. für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Sie haben folgende Rechte:

Gegen die/den Verantwortliche/n bestehen das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) sowie auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO). Des Weiteren kann Widerspruch gegen die Datenverarbeitung eingelegt werden (Art. 21 DSGVO).

Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 S. 2 DSGVO).

Die vorgenannten Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten besteht ferner das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist für den Freistaat Bayern der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Wagmüllerstraße 18, 80538 München, poststelle@datenschutz-bayern.de.